

Vergeblliche Waffensuche im Grazer Arbeiterheim.

Wien, 4. März. (Eigenbericht.) Heute abends wurde in Graz das dortige Arbeiterheim überfallartig von Polizei und Militär besetzt. Nicht nur das Arbeiterheim selbst, sondern auch die Arbeiterkammer und das Gebäude eines dem Verein „Arbeiterheim“ gehörenden Stells wurde von Polizei und Militär umzingelt. Die Polizei wies einen Hausdurchsuchungsbefehl vor, nach dem sie beauftragt war, das Haus nach Waffen zu durchsuchen. Alle Telefone im Haus wurden besetzt und sogar die Redaktion des „Arbeiterwille“ daran verhindert, nach außen irgendwelche telephonische Mitteilungen zu übermitteln.

Diese Haupt- und Staatsaktion der Regierung hat jedoch mit einer großen Blamage für die Behörden geendet. Nachdem die Keller aufgerissen und Mauern niedergelegt worden waren, blieb die Waffensuche völlig ergebnislos, so daß sich schließlich um halb 12 Uhr nachts die bewaffnete Macht ruhmlos wieder zurückziehen mußte.

Ist mehr als jede vorhergegangene, stand in einem der letzten Leitartikel des inzwischen zum Schweigen gebrachten „Vorwärts“ zu lesen, eine wirkliche Heerschau. Sie soll, bevor die Gegner sich mit anderen Waffen schlagen, der Welt zeigen, wie stark die beiden Gruppen im Vollen sind. Es wäre für die Kontroverrevolution eben doch ein gewaltiger Erfolg, wenn sie eine knappe Mehrheit und vor dem Ausland den Schein des Rechts für alle ihre Schandtaten erhielte. Wenn der neue Reichstag die Ausschaltung des Parlaments selbst besorgte und den Machthabern die vierjährige Frist zur Vollenendung ihrer Pläne ausdrücklich zubilligte, bliebe den Parteigängern manche Verlegenheit erspart. Würden sie das nicht, fürchten sie das Gegenteil nicht, sie hätten es mit der Terrorisierung der Linken nicht gar so eilig gehabt. Dieser überstürzte Terror dient dem seit 1930 heftig erstrebten Ziel, auf demokratische Weise, nämlich unter dem Vorwand und dem Schein der Mehrheitsentscheidung an die Macht zu kommen.

Es wäre für die Gegner des Faschismus in Deutschland der denkbar größte moralische Erfolg, von allem Anfang die beste sittliche Legitimation für ihre kommenden Kämpfe, wenn sie trotz dem privaten und dem staatlichen Terror der Gegner die Mehrheit behielten. Hoffnung darauf besteht noch, eine sichere Gewähr dafür gibt es nicht, denn die Wahlentscheidung werden nicht die großen Städte, von deren Stimmung man sich ein Bild machen kann, sondern die Dörfer bringen, in denen der Terror weit mehr vermag und deren Entscheidung ganz im Dunkel liegt.

Aber auch innerhalb der Linkenfront gilt es eine Entscheidung. Seit dem September 1930 war die SPD im Abstieg, die KPD im Aufstieg. Die soziale Umgestaltung des deutschen Proletariats aus einer arbeitenden in eine erwerbslose Klasse förderte und bedingte diese Umgruppierung im proletarischen Lager. Die Frage ist, ob dieser Prozess sich fortsetzt, ob die beiden proletarischen Parteien diesmal zu ungefähr gleich starken Gruppen werden, ob vielleicht die KPD die SPD sogar überholen, oder ob sich diesmal ein anderes Bild als bei den drei vorhergegangenen Wahlen ergeben wird. Für den Kampf gegen die Reaktion, für das Zustandekommen der proletarischen Einheitsfront, für die zu wählende Taktik wird das von entscheidender Bedeutung sein. Ob die deutschen Arbeiter in freier Selbstbestimmung den Kampf um die Freiheit aufnehmen, ob sie sich dabei ein ihnen gemähes Ziel setzen, oder ob sie in ihrer Taktik vom Ausland abhängen, in ihrer Zielsetzung von fremdem Vorbild beeinflusst sein werden, das wird im Ringen zwischen SPD und KPD — so wenig es diesmal ein „Kampf“ im gewohnten Sinne war — entschieden werden. Ob der Gedanke der ehrlichen Einheitsfront, wie ihn Stämpfer und Loebe formuliert haben, oder das bloße Manöver der Einheitsfront siegen, darum geht es innerhalb der Linken.

Es ist der letzte Lebensbeweis, den die Weimarer Verfassung von sich gibt, und vielleicht ihr stärkster, daß in einem Augenblick, in dem ganz andere Waffen die Entscheidung bringen müssen, doch noch einmal der Stimmzettel in Funktion tritt, daß Potsdam selbst, das Lager der geschworenen Feinde der Demokratie, den Appell an das Volk als Kampfmittel wählt, nicht zur Entscheidung, aber als Aufsatz zu ihr. Im Zeichen der schon verlorenen Verfassung findet noch einmal vor dem Kampf die große Heerschau statt. Je stärker sich Weimar bei ihr erweist, desto früher wird über das Zwischenpiel von Potsdam die zweite deutsche Republik siegen, über das Deutschland der Junker, der Industriellen und ihrer Soldaten, das Deutschland der Arbeiter!

Die „Arbeits-Anleihe“.

Ein Block von wirtschaftlichen Vorlagen in Vorbereitung. Wichtige Kabinettsberatungen in der kommenden Woche.

Prag, 4. März. Für den Beginn der Frühjahrstagung der Nationalversammlung am 14. März werden im Anschluß an die bereits verabschiedete Vorlage über die Zinsfußregelung noch weitere wirtschaftliche Vorlagen der Regierung erwartet, die der Nationalversammlung als einheitliches Ganzes präsentiert und möglichst bald verabschiedet werden sollen. Mit diesen Vorlagen sollen die im Gefolge der Krise als notwendig erkannten regulierenden Eingriffe von Seite des Staates in die Wirtschaft zu einem gewissen Abschluß gebracht werden. An der Vorbereitung dieser Vorlagen wird innerhalb der Regierung — und in Konferenzen mit Vertretern der Finanz- und Wirtschaftskreise — eifrig gearbeitet. Um die beteiligten Ressortminister für diese Beratungen ganz frei zu machen, wurden alle Besprechungen bei den Ministern auch für die nächste Woche abgesetzt.

In diesen Beratungen spielt vor allem die endgültige Vorbereitung und Durchführung der Investitionsanleihe, die den Titel „Arbeitsanleihe“ führen wird, eine große Rolle. Die diesbezügliche Vorlage soll bereits am 14. d. im Parlament aufgelegt werden; ihr wird ein Verzeichnis der aus ihrem Erträgnis durchzuführenden Investitionen angehängt sein.

Dieses Verzeichnis endgültig festzusetzen, wird Aufgabe der Wirtschaftsminister in den nächsten Tagen sein. Wir haben bereits gemeldet, daß von den beteiligten Ressorts öffentliche Arbeiten, Eisenbahnen, Post, Gesundheitsministerium, Landwirtschaftsministerium und — im Zusammenhang mit den Investitionen der Selbstverwaltungskörper — auch das Innenministerium) bereits vor einiger Zeit eine Aufstellung der wünschenswerten Investitionen angefordert wurde. Die Gesamtsumme der von den Ressorts vorgeschlagenen Investitionen übersteigt fünf Milliarden, ist also unter den heutigen Verhältnissen in diesem Umfang wohl nicht realisierbar. Darum arbeitet eine eigene interministerielle Kommission derzeit an der Aufstellung von drei Alternativprogrammen (ein Maximal-, ein mittleres und ein Minimalprogramm). Die Wirtschaftsminister werden nun die Aufgabe haben, aus diesen Programmen die endgültige Auswahl zu treffen, wobei als Richtlinie dient, daß die Investitionen rentabel, gemeinnützig und dringlich sein müssen. Auch die technische Seite der Anleihe und namentlich der Anteil der Selbstverwaltungskörper an ihr wird in den Kabinettsberatungen der nächsten Woche endgültig festgelegt werden.

Der größte Teil der Anleihe soll für Kommunikationszwecke Verwendung finden, also in erster Linie zum Ausbau des Straßennetzes; damit wird gleichzeitig auch manifestiert, daß der Staat in dem Kampf zwischen Eisenbahn und Automobil keineswegs beabsichtigt, die Entwicklungsmöglichkeiten des Automobilismus zugunsten der Eisenbahnen etwa künstlich zu droffeln. Auch die nichtstaatlichen Straßen sollen in dieses Programm einbezogen werden, was wieder Verhandlungen mit den Selbstverwaltungskörpern, die diese Straßen erhalten, voraussetzt. Auch die Investitionsanleihe mit sich bringt.

Großes Gewicht soll auf eine entsprechende territoriale Verteilung der Investitionen, d. h. der neu geschaffenen Arbeitsmöglichkeiten, gelegt und Gebiete mit starker Arbeitslosigkeit entsprechend berücksichtigt werden.

Hier wird vor allem von unserer Seite mit größtem Nachdruck gefordert werden müssen, daß die Arbeitsmöglichkeiten tatsächlich nach dem Grade der Arbeitslosigkeit in den einzelnen Gebieten des Staates gerecht aufgeteilt werden und daß dabei nicht etwa ein ironischerweise andauernder „nationaler Schlüssel“ die deutschen Hungergebiete kampflos benachteiligt. Leider ist eine derartige Befürchtung nicht von vornherein von der Hand zu weisen, da ja die angegliederten Straßenbauten, die den Hauptteil aller Investitionsarbeiten bilden, auch dem Ausbau der Kommunikation mit der Slowakei dienen sollen, die neu zu bauenden Straßen also durch vorwiegend tschechisch-agrarisches Gebiet führen werden, das von der Krise besonders schwer getroffen ist!

Die in letzter Zeit wieder aufgetauchten Zensurationsmaßnahmen einiger tschechischer Blätter über unzulässige „Mißbräuche“ der Arbeitslosenunterstützungen durch hakenkreuzerische Vorstöße im deutschen Gebiet — Meldungen, die kritisch leider auch vereinzelt von sozialistischen Blättern weiter verbreitet wurden, ohne daß man lange darnach fragen würde, warum denn eigentlich die agrarischen Bezirkshauptleute nicht zur Verantwortung gezogen werden, wenn sie in ihren Berichten eventuell vorkommende Mißstände auf diesem Gebiet ruhig dulden, lassen darauf schließen, daß wieder

Angriffe von rechts auf die Arbeitslosenfürsorge

zu erwarten sind. Wir wissen schon gut, was mit der Forderung nach „verschärfter Kontrolle“ do eigentlich gemeint ist!

Hier werden die sozialistischen Parteien sehr auf der Hut sein müssen, damit aus einer „Reorganisation“ des Unterstützungsprozesses nicht eine erhebliche Restriktion werde.

Der Staat hat unter allen Umständen die Pflicht, für die Opfer der Krise entsprechend zu

sorgen. Wir würden es wärmstens begrüßen, wenn das Projekt der Arbeitsbeschaffung durch großzügige Investitionen von vollem Erfolg begleitet wäre, aber wir müssen gerade bei dieser Gelegenheit — und selbst auf die Gefahr hin, die Schwachen Rerven des Herrn Dr. Hodas wiederum in Mißdeutung zu ziehen — neuerdings mit aller Entschiedenheit darauf verweisen, daß nur ein einziger Weg zur tatsächlichen Lösung des Arbeitslosenproblems führen kann, nämlich die Verkürzung der Arbeitszeit in einem solchen Ausmaß, daß eben das vorhandene Arbeitsquantum auf alle noch Arbeit sich ausstreckenden Hände gerecht aufgeteilt wird!

Seit langem liegt diesbezüglich ein Plan des Fürsorgeministers über die Arbeitszeitverkürzung und die Regelung des Arbeitsmarktes durch obligatorische Arbeitsvermittlung fertig ausgearbeitet vor. Wir empfehlen den verantwortlichen Regierungsstellen diese Vorschläge dringendst zum eingehenden und unbereinigten Studium, und zwar noch vor der endgültigen Ausarbeitung der Vorlage über die Investitionsanleihe!

Arbeitsbeschaffung durch Arbeitszeitverkürzung kann nicht fehlschlagen. Dagegen wäre es verhängnisvoll, wenn die aus der Inve-

stitionsanleihe fließenden Mittel, die doch nur beschränkt sein können, einmal erschöpft wären, ohne daß die Ankurbelung der Wirtschaft dann wirklich in dem erhofften Ausmaß eingetreten wäre!

Aus all dem ist ersichtlich, daß den wirtschaftspolitischen Verhandlungen innerhalb der Regierung im Laufe der nächsten Tage eine ganz außergewöhnliche Bedeutung zukommt. Je geschlossener sich die Massen der Arbeiter und der Arbeitslosen in diesen Tagen hinter die sozialistischen Parteien und ihre Vertreter in der Regierung stellen werden, desto größer wird auch die Aussicht auf einen vollen Erfolg in dem unermüdbaren Abwehrkampf gegen Krise und politische und wirtschaftliche Reaktion sein!

Auch Jung einvernommen.

Keine Verhaftung.

Prag, 4. März. Heute fand die Einvernahme des vierten ausgelieferten deutschen nationalsozialistischen Abgeordneten, des Jng. Jung, statt; er wurde entlassen mit dem Bemerkten, daß er sich dem Untersuchungsrichter weiter zur Verfügung zu halten habe.

Der kommunistische Senator Lokoia wurde in Ungar zu zwei Jahren Kerker (1) und 200 K Geldstrafe verurteilt, weil er am 20. November 1932 in Stannó „die öffentliche Ordnung bedrohte und die Bevölkerung gegen die Gendarmerie aufhetzte“. Lokoia hat gegen das Urteil Berufung eingelegt.

Nazi-Purzelbäume der agrarischen „Heimat“.

Verleumdung der Sozialdemokratie durch bewußte Geschichtslügen.

Das in Saaz erscheinende agrarische Blatt „Heimat“ hat sich als Ableger selbst der blödesten antimarxistischen Schmähe- und Lügenartikel bereits eine traurige Berühmtheit erworben. Es scheint, daß der „Heimat“-Redakteur eine Auseinandersetzung mit der Sozialdemokratie erst dann als abdruckfähig ansieht, wenn sie den nötigen Grad von Unkenntnis, Dummheit und verdreherischer Frechheit aufweist. Was sich dieses Provinzialblättchen in seiner Ausgabe vom 16. Februar unter dem Titel „Ehemalige Versprechungen der Roten Internationale“ wiederum leistet, stellt sogar die gewöhnlichen Schmähartikel durch das Ausmaß von Verleumdung und Demagogie noch weit in den Schatten, so daß es nicht unwidersprochen bleiben darf.

Sch bisher die gesamte agrarische Presse ihre Aufgabe darin, die sozialistischen Arbeiter als Renklaffen hinzustellen, die vom Enteignungs- und Gleichmachungssteufler besessen sind, so läßt die „Heimat“ diesmal ab von diesem Bürgerrechtstext und versucht kampfhaft ihre Liebe für die Arbeitsmenschen hervorzuheben. Und was liegt da schon näher, als der freche Versuch, die Sozialdemokraten des Arbeiterverrates zu zeihen, eine Methode, die von den Hakenkreuzern auf die gesamte marxistische Parteien ausgelehnt wurde, und nun von den Agrariern nachgeplappert wird. Um diesen Beweis zu erbringen, beruft sich die „Heimat“ auf ein angebliches sozialdemokratisches Flugblatt aus dem Jahre 1904, ohne natürlich Näheres über die Quelle dieses ihres Wissens zu sagen. In diesem Flugblatt soll gestanden haben, daß die Arbeiter einst „auf eigenen Wagen fahren, mit eigenen Schiffen die Meere durchkreuzen“ werden, u. ä. m. Die ganze Anlage der in der „Heimat“ zitierten Flugblattstelle läßt jedoch darauf schließen, daß diese Sätze in dem verleumderischen Raport eines agrarischen Schriftleiters entstanden sind, weshalb es uns als überflüssig erscheint, bei diesem Punkte länger zu verweilen. Will die „Heimat“, daß wir vor aller Öffentlichkeit näher darauf eingehen, so möge sie doch den gesamten Wortlaut dieses angeblichen Flugblattes veröffentlichen und angeben, aus welchem Anlaß es erschien oder möge sie es uns zur Stellungnahme einsenden.

Im folgenden wollen wir lieber nachweisen, wie die „Heimat“, um uns ihrer Wendungen zu bedienen, ihre Auseinandersetzung mit der Sozialdemokratie „auf Lug und Trug“ aufbaut. Die „Heimat“ schreibt:

„Und als die Sozialdemokraten im Besitze der staatlichen Macht waren, und ihre Versprechungen einlösen sollten, da haben sie neuerlich Verrat an den deutschen Arbeitsmenschen begangen, wie sie schändlicher und ärger nie zuvor von einer politischen Bewegung begangen worden war!“

Wieso die „Heimat“ zur Konstruktion des „neuerlichen Verrates“ kommt, bleibt allerdings unerklärlich, da ja doch auch im Falle, daß die Sozialdemokraten wirklich auf nichts anderes, als auf Arbeiterverrat ausgehen würden, sie ohne den Besitz der Macht gar keine Gelegenheit hierzu gehabt hätten. Aber schließlich dürfte auch hier das Bedürfnis, recht viel Schuld auf das Haupt der Sozialdemokratie zu laden, ausschlaggebend für die „Heimat“ gewesen sein.

Nach 14 Jahren sozialdemokratischer Herrschaft in Preußen und Deutschland liegen Millionen deutscher Arbeiter hungernd auf der Straße, tausende Fabrikeen stehen still und leer, tausende landwirtschaftliche Betriebe verfallen; Arbeitslosigkeit ist das traurige Schicksal Millionen deutscher Volksgenossen.“

So also begeht die „Heimat“, deren Schriftleiter schließlich auch etwas von der durch das anarxistische kapitalistische Wirtschaftssystem herausgehobenen Weltwirtschaftskrise wissen sollte, bewußt eine Geschichtsfälschung. Denn wie verhält es sich denn in Wirklichkeit mit den „14 Jahren sozialdemokratischer Herrschaft“ in Deutschland? Wenn sich der „Heimat“-Schriftleiter die Mühe einer Untersuchung der einzelnen Reichstagswahlresultate der Nachkriegszeit geben würde, so mühte er herauszufinden, daß die marxistischen Parteien, und somit erst recht die Sozialdemokraten allein, bei jeder Wahl in der Weimarer Republik die absolute Mehrheit erringen konnten. In 14 Jahren haben sich die Sozialdemokraten nur 6 1/2 Monate an Koalitionsregierungen mit Bürgerlichen beteiligt. Und während dieser 6 1/2 Monate hatten die Sozialdemokraten

nur ganze 3 1/2 Monate lang die Mehrheit, die übrige Zeit waren sie in der Minderheit. Wenn von den verflochtenen vierzehn Jahren wurde von rein bürgerlichen Regierungen gegen die Sozialdemokraten regiert.

Also, Herr „Heimat“-Schriftleiter, wer wäre also, um bei Jhrer Art — Pardon, — diese haben sie ja doch nur dem Reichspräsidenten Hindenburg nachgesehen — der Verantwortung zur Verantwortung zu bleiben, für das heutige Elend in Deutschland dem Richter zu übergeben? Ein objektiver Ankläger müßte das deutsche Bürgertum, das sich gegen die soziale Umformung von Wirtschaft und Gesellschaft stellte, und damit natürlich auch die Agrarier auf die Anklagebank bringen!

Da die bewußte Geschichtslüge dem „Heimat“-Redakteur allem Anscheine nach noch nicht genügend Mühseligkeit bot, seinen Haß gegen die Sozialdemokratie auszulassen, finden wir in der erwähnten Lügennotiz noch die Frage, warum nicht die nur kurze Zeit bestehende sozialdemokratische Revolutionsregierung im Jahre 1918 die Erfüllung der sozialdemokratischen Versprechungen gebracht hat.

„Wo blieben die eigenen Autos und Schiffe?“

So fragt die „Heimat“ in Anlehnung an das offenbar von ihr erfundene sozialdemokratische Flugblatt. Scheinbar ist sich hierbei der agrarische Artikelschreiber gar nicht der Schwere dieser frechen Frage bewußt. Denn, was er heute so herausfordernd verlangt, hätte ihm zweifellos im deutschen Revolutionsjahre heillosen Schreck eingejagt; es lägen dann die deutschen Grundherren und Großbauern nicht mehr auf ihren Besitztümern, unberührt von der Rot der Zeit und die ganzen Jahre in Tätigkeit, um die deutsche Arbeiterklasse wieder zu Boden zu drücken und aller Errungenschaften politischer, kultureller und sozialer Art zu berauben.

Die Sprache in der erwähnten „Heimat“-Notiz ist Nazi-Sprache! Sie trägt deren Stempel: Verlogenheit, verleumderische Frechheit und prohenhafte Herausforderung. Die „Heimat“ hat sich damit auf einen gefährlichen Boden begeben. Uns kann das schließlich recht sein, denn sie beschleunigt damit nur die Erkenntnis in den Köpfen der Arbeiter, daß die Agrarier jederzeit zu faschistischen Methoden bereit sind, sobald es gegen die Sozialdemokratie geht, und daß ihre Gegnerschaft zum Nationalsozialismus nur so weit reicht, als sie sich durch ihn bedroht fühlen.

Es kann daher die „Heimat“ schon heute die Verleumdung entgegennehmen, daß die Faust der wiedererstandenen Arbeiterklasse vor dem getarnten Agrarfaschismus nicht halt machen wird, wenn sie bereit ist zum entscheidenden Schlag gegen ihre Feinde auszuholen wird.

Bericht von der Kampffront in Deutschland.

Auf Wahlagitatio in Sachsen.

Chemnitz, am 3. März 1933.

Wir sind oft und gern nach Deutschland gefahren, zu Jugendtagen, Kongressen und Sitzungen, und insbesondere die Teilnahme an den deutschen Wahlkämpfen als Redner und Werber für die gemeinsame Sache war uns eine liebe internationale Pflicht. Und so sind wir auch diesmal ein Dutzend Genossen und Genossinnen über die Grenze jenes Staates gezogen, der immer noch „Deutsche Republik“ heißt, um unseren Klassenbrüdern in ihren schweren Kämpfen beizustehen, um ihnen gleichzeitig zu sagen, wie es uns ums Herz ist und wie die heiße Liebe der Proletarier aller Länder und vor allem jener der Tschechoslowakei sie begleitet.

Durch sächsisches Nachbarland fahren wir, freudig und quer. Es gibt wohl kaum ein Gebiet in Deutschland, in dem die verheerenden Wirkungen der Krise ähnlich früh zu Tage treten. Die ausgedehnten sächsischen Industrieanlagen liegen fast alle still. Es ist ein ans Herz greifendes Bild, diese weiten Industriefriedhöfe sehen zu müssen. Ein Pfad führt uns da immer wieder in die Augen, das uns eindringlicher als alle Wahlplakate die Not der Zeit entgegen schreit, das an vielen gewaltigen Fabrikkomplexen zu lesen ist: „Zu vermieten — zu verkaufen“, dessen Schrift oft schon verwittert ist, denn niemand hat Lust — auch im beginnenden Dritten Reich nicht — Geld in Fabriken zu investieren und die gefüllten Speicher noch mehr mit unverkäuflichen Waren anzustopfen.

Die politischen Verhältnisse beginnen immer unerkennbarer zu werden. Dabei ist es zweifellos in Sachsen noch viel besser als in Preußen, denn die sächsische Regierung (das Beamtenkabinett Schick) kapituliert nur Schritt um Schritt vor dem Berliner Diktat. Die Verordnungen werden nicht mit preußischer Schneidigkeit durchgeführt. Trotzdem heilt auch hier die Reaktion zu entscheidenden Schlägen gegen die Arbeiter aus. Gestern wurde „über Auftrag der Reichsregierung“ unser Parteiblatt, die „Roststimm“, das auch unter der furchtbaren Pressebelagerung noch manches lapidare Wort fand und das darum den besonderen Haß aller Gegner erntete, auf zwei Wochen verboten. Die kommunistische Presse ist ebenfalls verboten, desgleichen alle kommunistischen Versammlungen. Heute lesen wir, daß auch in Sachsen 1500 Mann Diktatpolizei aus „vertraulichen nationalen Elementen“ gebildet und eingesetzt werden.

Der Wahlkampf wird im Chemnitzer Gebiet mit ungläublicher Erbitterung geführt, wenn auch die Mittel — wie überall in Deutschland — ungleich verteilt sind. Wir haben nur noch die Broschüren und das Wort von Mund zu Mund. Die anderen verfügen über alle Mittel der Propaganda und sie nähern sie rücksichtslos an. Es ist aber noch keineswegs sicher, ob der Erfolg in dem erwarteten Maße eintritt. Einmal kann man sich Herrn Müller an, wenn sein politisches Geschick aber jeden Tag aus dem Fenster schallt, schaltet man gern um. So scheinen auch viele Wähler in Deutschland zu denken. Ich am letzten Sonntag in meine Versammlung fuhr, war ich Zeuge einer bezeichnenden Unterhaltung. Ein Durchschnittswähler erzählte mir nachher: „Gestern sollte im Rundfunk der Kölner Karneval übertragen werden, es wurde aber nur der Minister Göring.“ Es scheint also doch ein Naziminister noch nicht von allen deutschen Wählern als „vollgültiger Reichsgesandter“ anerkannt zu werden.

Die Chemnitzer Arbeiterbewegung zählte in den letzten 14 Tagen drei Todesopfer: den Langbaner Mann Fischer, den kommunistischen Arbeiter Ehrhardt und den Jungbaner Hermann Franke. Alle drei wurden durch sächsische von verurteilten Mördern gefoltert. Man sieht die zahlreichen Mordtaten an Arbeitern schon ein wenig unempfindlich geworden. Aber wenn man das Schicksal der Familie des ermordeten Franke kennenlernt, wird man zu tiefem Mitleid ergriffen. Der Vater des jungen Opfers hat braunen Rest war mit drei erwachsenen Söhnen im Krieg an den Fronten. Aus dem Wunden des Weltkrieges sind sie alle gesund zurückgekehrt. Da haben die braunen Mordgesellen den jüngsten Sohn brutal niedergestochen, nur weil er mit dem Freitagspiel am Rodeo an der Straße stand.

Ein Kapitel für sich ist die bürgerliche Presse. Mit Ausnahme des „Berliner Tageblatt“, der „Vossischen“ und der „Frankfurter Zeitung“ gibt es anscheinend keine anständige bürgerliche Presse mehr in Deutschland. Alles, was von der Großstadtpresse bis zum kleinen Provinzblatt in den Provinzstädten, hat vor dem Faschismus kapituliert. So noch mehr, diese Blätter überbieten sich geradezu in Verbeugung vor dem herrschenden Regime. Die Überschriften sind noch fetter und greller als die der Nazipresse. „Die lange Nacht“, Herr Innenminister! — „Die Ausrottung des roten Norddeutsches!“ — „Die Bestie wird rücksichtslos niedergeschlagen!“ Das sind nur einige markante Titel der bürgerlichen Zeitungen eines einzigen Tages. Und die Spalten dieser Blätter reagieren die Herren Schriftleiter ihre rassistische oder nationale Überwertigkeit in widerlichste Maßdarmartigkeit an den Abmühen ab. Niemals noch ist

die Charakterlosigkeit, aber auch der Bestimmungslosigkeit, daß der bürgerlichen Preßwirren so offenkundig geworden, wie in dieser schweren Zeit.

Die Versammlungen der Partei sind auf teilweise sogar massenhaft besucht. Die Arbeiter sind voller Erbitterung, aber auch Kampfeslust. Sie sind bis zum Äußersten überhand: das einzige Erschwerende im gegenwärtigen Deutschland sind die durch die SPD geschulten Arbeiter. Die Opferwilligkeit der Genossen ist grenzenlos. Im Bezirk Chemnitz sind 45 Prozent der Parteimitglieder arbeitslos. Der Parteikassier aber erklärte mir, daß diesmal die bereitgestellten Sammelkassen nicht ausreichen und daß mehr Gelder einfließen, als jemals erwartet werden konnte. Ich habe nun sieben Versammlungen hinter mir und habe viele prächtige Menschen kennengelernt, Genossen, die wissen, worum es geht. Ich kann nicht glauben, daß der Faschismus über diese Bewegung dauernd zu triumphieren vermag. Man muß die Reichsbannerleute gesehen haben, wie sie seit vielen Tagen Abend für Abend unermüdet und unverdrossen in die Versammlungen ziehen und Saalplätze stellen, man muß die Genossen und Genossinnen — ja auch die Genossinnen — der Eisernen Front beobachtet haben, wie sie Flugblätter verteilen und agitieren trotz alledem und alledem, um sich zu dem Wort zu bekennen: „Ihr hemmt uns, doch ihr zwingt uns nicht!“

Das Reden in den Versammlungen ist durch die diversen Verordnungen sehr erschwert worden. Man kann die Dinge nicht immer bei ihrem Namen nennen, besonders ist es verboten, Mitglieder der Reichsregierung „höflich“ verächtlich zu machen. Aber Redner und Zuhörer haben sich überraschend schnell umgestellt und

verfassen die „Blumenprache“ gern und ganz. Und manchmal gibt es trotz der Not der Zeit, dank der Maßnahmen der empfindlichen Regierung, sogar ein bißchen Heiterkeit.

Im allgemeinen konnten wir Juden- und deutschen Genossen in Sachsen ungeschädigt sprechen, nur in der Amtshauptmannschaft Annaberg nicht. Dem Herrn Amtshauptmann hatte es erst der tschechisch klingende Name des Genossen Kretsch angetan, aber auch ich wurde trotz meines ungewissen deutschen Namens mit einem Redeverbot bedacht. Wir seien eben „Tscheden“ und dürfen mit Rücksicht auf die Stellung der kleinen Exilanten in Deutschland nicht sprechen, so hieß es in den Verböten. Nebenbei: daß in der Tschechoslowakei dreieinhalb Millionen Deutsche leben, braucht der Amtshauptmann des Bezirkes nicht zu wissen. Ich sollte gestern in Thum, im Bezirk Annaberg reden, da es mir aber dort verwehrt war, bin ich dafür in eine Versammlung nach Annaberg selbst gegangen und habe vor der Nase des überreifen Herrn Amtshauptmannes gesprochen. Daß uns dieser Streich gelang, hat uns ein wenig Erleichterung verschafft.

Die Nazis ziehen auch in Chemnitz durch die Straßen, von einer Begeisterung ist jedoch wenig zu spüren. Gestern marschierten einige hundert SA-Leute unter klingendem Spiel auf. Aber kein Heilruf erklang, keine Hand hob sich. Viele proletarische Existenzen sind unter ihnen, denen der Hunger aus den Gesichtern schaut. Die halten die vier Jahre, die Dillier regieren will, nicht aus. Und die Ernüchterung, die auf den tollen Föhling des Jahres 1933 folgen wird, wird gerade bei diesen Menschen fürchtbar sein.

Übermorgen wird also gewöhnt, wenn es den Herren in Berlin nicht noch gefällt, durch ein Attentat oder etwas ähnliches einen Vorwand zur Verhinderung der Wahlen zu schaffen. Das Ergebnis der Wahlen wird sehr interessant sein, entscheidend aber ist es kaum mehr. Der Kampf geht am 6. März weiter.

Bankenfeiertage in USA.

Oeffnung wieder am Dienstag.

New York, 4. März. Der Gouverneur des Staates New York, der fast die ganze Nacht mit dem Gouverneur der Bundes-Reserve-Bank konferierte, hat für den ganzen Staat New York ein Bankmoratorium von heute bis zum 6. März angeordnet. Man nimmt an, daß die New Yorker Effektenbörse und die anderen Märkte ohne weiteres betroffen werden.

Nach den letzten Meldungen hat die Bundesregierung heute — am Tage des Amtsantritts Roosevelts — einen dreitägigen Bankenfeiertag für das ganze Bundesgebiet angeordnet. Sämtliche Börsen bleiben also bis einschließlich Montag geschlossen. Heute soll zwischen Hoover und Roosevelt die Frage einer 50prozentigen Staatsgarantie für Bankeneinlagen verhandelt worden sein.

Bei seinem Amtsantritt wies Roosevelt darauf hin, daß die gegenwärtige Lage in den Banken nur den geldgierigen Wadenschästen gewissenloser Spekulanten zuzuschreiben sei. Er werde vom Kongress sofort Vollmachten verlangen, um die Banken zu überwachen, der Spekulation ein Ende zu machen und für eine gesunde Währung zu sorgen.

New York, 4. März. Der Gouverneur des Staates New York, Lehmann, hat zu der Erklärung des Bankmoratoriums für den Staat New York eine ausführliche Begründung

veröffentlicht. Auch die New Yorker Clearinghausvereinigung hat eine Erklärung herausgegeben. Sie hat folgenden Wortlaut: „Der unüberlegte Versuch des Publikums, Depositionen in einer Gesamthöhe von über 40 Milliarden Dollars plötzlich in Bargeld umzuwandeln, ist eine offensichtliche Unmöglichkeit. Während die dem New Yorker Clearinghaus angeschlossenen Institute mit Hilfe der New Yorker Bundesreservebank sämtliche Depositionen auszahlen konnten, machten die folgenden Abhebungen im ganzen Lande ein Abstoßen dieser Bewegung gebieterisch erforderlich. Dadurch sollen Maßnahmen ermöglicht werden, um den bestehenden Schwierigkeiten zu begegnen, und zwar nicht nur im Hinblick auf New York, sondern vor allem im Hinblick auf das Wohl der gesamten Nation.“

Die amerikanischen Geldmärkte um 116 Millionen Dollar geschädigt.

New York, 4. März. (Reuter.) Man schätzt den Verlust an Gold, der gestern den Vereinigten Staaten auf den Geldmärkten zugefügt wurde, auf rund 116 Millionen Dollar. Unterstaatssekretär im Finanzministerium Mills erklärte, daß die Federalreservebank in New York in den nächsten Tagen eine Erklärung über die Bankensituation veröffentlichen werde.

Der Nationalrat verhandlungsunfähig.

Genosse Dr. Renner zurückgetreten.

Wien, 4. März. (Eigenbericht.) Am Abend ist es im Nationalrat zu einer Krise gekommen, in deren Verlauf der Präsident Genosse Dr. Renner spät nachts seine Demission gab; da daraufhin auch die übrigen Parteien ihre Vizepräsidenten abberufen, ist der Nationalrat derzeit verhandlungsunfähig. Am Mittwoch werden die einzelnen Abgeordnetenclubs zusammenkommen, um zu dieser ungelösten Lage Stellung zu nehmen.

Die Vorgeschichte dieser Krise ist folgende: Im Nationalrat standen die Maßnahmen der Regierung gegen die Eisenbahner, die am 1. d. gestreikt hatten, zur Debatte. Die Sozialdemokraten verlangten die Niederschlagung aller getroffenen Maßnahmen; dieser Antrag wurde zwar abgelehnt, dagegen ein ähnlich lautender Antrag der Großdeutschen in seinem wichtigsten Teil mit 81:80 Stimmen gegen die Regierung angenommen. Die Regierung verlangte trotzdem noch die Abstimmung über einen Antrag der Mehrheit, der durch die Annahme des großdeutschen Antrages jedoch schon illusorisch geworden war.

Zwecks einer Beratung des Präsidiums wurde die Sitzung vertagt. Nach Wiederaufnahme der Sitzung brachte Dr. Renner zwei Fälle von Versehen bei der Abstimmung zur Kenntnis, durch die das Abstimmungsergebnis nicht beeinträchtigt worden war, und erklärte die Sache damit für erledigt. Als die Christlichsozialen und der Heimatsklub dagegen stürmisch protestierten, gab Dr. Renner

seine Demission bekannt. Nunmehr wollte der Vizepräsident Kamek, der den Vorsitz übernahm, die Abstimmung resumieren, was wieder auf sozialdemokratischer Seite solche Proteste auslöste, daß auch Kamek demissionierte. Der dritte Präsident, der Großdeutsche Dr. Straßner, erklärte, unter solchen Umständen den Vorsitz nicht übernehmen zu können. Unter großem Lärm ging das Haus dann auseinander.

Zwei Offiziere in Haft.

Im Zusammenhang mit dem Kasernensturm!

Brünn, 4. März. Das Verhör Kobzinsks bei der Brünnener Polizeidirektion wurde heute in den Hauptlinien abgeschlossen und Kobzinsk wurde nachmittags in die Haft des Straßengerichtes eingeliefert. Auf Grund seiner Aussagen wurden auch einige Offiziere verhaftet, von denen heute zwei in Vernehmungshaft genommen wurden. Die Untersuchung gegen sie ist aber noch nicht abgeschlossen.

Gänzliche Betriebsstilllegung der Glasfabrik Neusattl.

Die Glasfabrik Siemens A. G. in Neusattl (bei Karlsbad), die in normalen Zeiten 1200 bis 1400 Arbeiter beschäftigte, arbeitet in den letzten Monaten so weit eingeschränkt, daß nur noch 300 Personen beschäftigt werden konnten. Die Direktion der Glasfabrik verlaubbart, daß die Glasfabrik in den nächsten Tagen gänzlich eingestellt wird. Die Arbeiterschaft und die Beamten haben bereits die Kündigung erhalten. Dadurch ist die größte Glasfabrik der CZEK zum Stillstand gekommen und das Arbeitslosentum um einige Hundert vermehrt.

Die Angriffe auf Dr. Czech beginnen schon wieder!

Wir haben erst unlängst den unsinnigen Angriff vermerkt, den das Strikobratt auf den Fürsorgeminister Genossen Dr. Czech verübt hat, worin es ihm nichts anderes vorwerfen konnte, als daß er irgend einmal — mit Genossen Dr. Renner zusammengekommen ist. Dem Strikobratt geistlich nun das Nachmittagsblatt der Nationaldemokraten, „Rätor“, zu, welches seinen Lesern in der Ausgabe vom Samstag unter einem dreispaltigen Titel nichts anderes vorzusetzen weiß, als daß Genosse Dr. Czech „den verbrecherischen Mißbrauch der Arbeitslosenunterstützung ermöglicht“. Die Nationaldemokraten haben nach der Abstimmung über die Auslieferung der hakenkreuzlerischen Abgeordneten den Versuch gemacht, die deutsche Sozialdemokratie aus der Regierung zu verdrängen oder wenigstens den Genossen Dr. Czech aus dem Ministerium für soziale Fürsorge zu entfernen und der deutschen Sozialdemokratie dafür ein minder wichtiges Ressort zuzuschicken. Dieser Plan ist ihnen nicht gelungen, weswegen sich ihre Wut in einem Angriff auf den verhassten Fürsorgeminister entlädt.

Was haben die Nationaldemokraten dem Genossen Dr. Czech vorzuwerfen? Erstens, daß die Zahl der Arbeitslosen unter der Ministerchaft des Dr. Czech auf fast eine Million gestiegen ist und daß „sogar vielfach dafür agitiert wurde, daß die Zahl der Arbeitslosen möglichst groß sei“. Zweitens, daß die Staatskasse geradezu ausgeraubt wurde, weil die Arbeitslosenunterstützungen jedem gegeben wurden, der sich nur anmeldete.

Was den zweiten Vorwurf betrifft, ist es überflüssig, sich lange damit zu beschäftigen. Die staatliche Arbeitslosenunterstützung bekommen die gemeinschaftlich organisierten und die Ernährungskarten verteilen die Bezirke durch die Gemeindevorstände. Das Ministerium für soziale Fürsorge entscheidet nicht selbst, ob der oder jener Einwohner eine Ernährungskarte bekommt oder nicht. Wenn Mißbräuche vorkommen, so tragen die die Karten verteilenden Behörden dafür die Verantwortung.

Daß der Minister Dr. Czech für das Auswachen der Arbeitslosigkeit nicht verantwortlich gemacht werden kann, mit diesem Ansturm muß man sich ja überhaupt nicht beschäftigen. Oder ist vielleicht Genosse Dr. Czech auch für das Wachstum der Arbeitslosigkeit — in den Vereinigten Staaten und für den Zusammenbruch der Banken des Herrn Ford in Detroit verantwortlich?

Je mehr und unerschämter die bürgerliche Presse den Fürsorgeminister angreift, desto mehr wird die Arbeiterschaft in dem Bewußtsein gestärkt werden, daß Genosse Dr. Czech in der Regierung die Interessen der arbeitenden Schichten und vor allem der ärmsten Opfer dieser Krise, der Arbeitslosen, vertritt.

Die passive Handelsbilanz gegenüber Deutschland.

Maßnahmen des Finanzministeriums bevorstehend.

Die bereits im Schlusswort Dr. Beness zur außenpolitischen Debatte angedeuteten Maßnahmen zur Senkung des Passivums unserer Handelsbilanz im Warenverkehr mit Deutschland sollen bereits in den nächsten Tagen durch eine Verordnung des Finanzministeriums in die Tat umgesetzt werden. Offenbar wird ein gesperrtes Sammelkonto eröffnet werden, das ähnlich wie im Clearingverkehr, der mit einigen anderen Staaten eingeführt ist, die gegenseitigen Forderungen aus Export und Import im Verkehr mit Deutschland ausgleichen soll. Der Import aus Deutschland, der noch im abgelaufenen Jahr unseren Export um 750 Millionen Kronen überstieg, würde auf diese Weise auf die Höhe unserer Ausfuhr herabgesetzt werden, falls keine weiteren Devisen von der Nationalbank zur Verfügung gestellt werden.

Änderung der parlamentarischen Geschäftsordnung?

Wie verlautet, beschäftigt sich die Regierung u. a. auch mit einer Reform der Geschäftsordnung der Nationalversammlung in dem Sinn, daß es den Ministern erleichtert werden soll, ohne das Alibi einer offiziellen Rentenrückzahlung mit ihren Konsequenzen, wie Erfüllung der Debatte darüber usw., auch in den Plenarverhandlungen des Parlamentes jederzeit in die Debatte einzugreifen, so oft es die Verhältnisse erfordern. In den meisten westlichen Ländern ist dies durchaus gebräuchlich; es wäre auch bei uns sicher nur zu begrüßen, wenn der betreffende Reformminister ohne große Formalitäten mitten in der Debatte aufstehen und einem Redner kurz antworten könnte, falls es ihm nötig erscheint. Die Beschwerden über die Teilnahmslosigkeit der Parlamentarier gegenüber allen Plenarverhandlungen würden sicher zurückgehen. — Allerdings müßte bei einer Reform der Geschäftsordnung auch einmal mit dem schrecklichen Anflug des bloßen Verlesens von wörtlich aufgeschriebenen Reden — die z. B. bei den Kommunisten gut zu neunzig Prozent auch noch der Klubsekretär abzufassen pflegt — gründlich aufgeräumt werden. Ein solches Verbot hat im Reichsrat bestanden und wurde auch im alten böhmischen Landtag streng gehandhabt.

Ein Gedenktag.

Selbstern waren es 14 Jahre seit dem 4. März 1919, an dem es im Verlaufe von Demonstrationen im deutschen Gebiete der Tschechoslowakischen Republik zu Zusammenstößen gekommen ist, die eine Reihe von Todesopfern gefordert haben. Diese Demonstrationen waren — man muß daran erinnern, weil insbesondere von nationalistischer Seite mit der Erinnerung an den 4. März Mißbrauch getrieben wird — von der deutschen Sozialdemokratie veranstaltet. Sie waren Kundgebungen für die politischen Interessen der deutschen Arbeiterschaft in einem geschichtlichen Augenblick. Wir haben am gestrigen Tage den Opfern des 4. März 1919 ein stilles Gedenken bewahrt, so wie wir es allen denjenigen gegenüber getan haben, die im Kampfe für die Interessen der Arbeiter zu Blutopfern geworden sind. Der politische Kampf hat in der Vergangenheit Opfer gefordert, er wird solche auch in Zukunft fordern. Es ist eine Ehrenpflicht der proletarischen Bewegung, ihrer vergangenen Opfer zu gedenken und ihr Andenken rein zu erhalten und dafür einzutreten, daß nicht gerade von jener Seite, die alle Freiheit mit Füßen tritt — das ist von Seite der deutschen Nationalisten — die Bedeutung eines geschichtlichen Augenblicks gefälscht wird.

Arbeitslosenfürsorge der Deutschnationalen.

In der deutschnationalen Presse werden die Herren von der deutschen Nationalpartei und ihre Nazi nicht müde, über die Anzulänglichlichkeit der staatlichen Arbeitslosenunterstützung zu jeteru und ihr Gift gegen den Fürsorgeminister Dr. Czich zu verspritzen. In der Praxis sieht ihre „Arbeitslosenfürsorge“ anders aus.

Die Stadt Tetschen, an deren Spitze der Nationalparteiliche Friedrich Weinweger steht und deren Fürsorgereferent der nationalparteiliche Vizebürgermeister Hausmann ist, hat in ihrem Voranschlag ganze 7000 Kronen bei einem Stand von 500 Arbeitslosen eingeplant. Ein Antrag unserer Genossen, die gewiß bescheidene Summe von 50.000 Kronen diesem Zweck zu widmen, wurde mit den Stimmen der Deutschnationalen und Hofinger abgelehnt. So besteht die ganze Arbeitslosenhilfe der Stadtgemeinde darin, daß sie an die Arbeitslosen Mittagessen verabfolgt, wofür die Kosten im Wege freiwilliger Spenden aufgebracht werden. Die Kosten eines solchen Mittagessens betragen etwa zwei Kronen pro Person.

Nun ist den Herrschaften auch dieser Vettel noch zu viel und so haben sie beschlossen, einen „freiwilligen Arbeitsdienst“ einzuführen. Die sich dazu Meldenden sollen als Gegenleistung für das Mittagessen und gegen einen Barlohn von sage und schreibe sechs Kronen zwanzig Heller an einigen Tagen der Woche für die Stadt arbeiten. Aber auch diesen beschämend niedrigen Betrag, der kaum dem Stundenlohn eines qualifizierten Arbeiters gleichkommt, wollen die Herrschaften nicht aus Gemeindemitteln, sondern aus den Sammelgeldern bezahlen.

Natürlich finden die Arbeitslosen wenig Verständnis für eine solche Art „freiwilligen Arbeitsdienstes“ und melden sich eben nicht.

Angesichts dieser Situation geht nun der nationalparteiliche Bürgermeister her und versendet an die Arbeitslosen a m t l i c h e Diensts t e l l e n folgenden Inhaltes:

Herrn

Tetschen a. B.

Im Nachhange zu unserer Zuschrift vom werden Sie aufgefordert, sich zu dem freiwilligen Arbeitsdienst zu melden.

Der Bürgermeister:
Weinweger.

Was dieser deutschnationale Bürgermeister da tut, ist eine Provokation der Arbeitslosen und der Spender. Er will die Arbeitslosen zwingen, für einen Schandlohn zu arbeiten und will dazu Gelder verwenden, die die Bevölkerung zur Hilfe für die Arbeitslosen und nicht zur Sanierung der Gemeinde spenden. So sieht die Arbeitslosenfürsorge der Deutschnationalen aus.

Vom Rundfunk

Empfehlenwertes aus den Programmen.

Montag:

Prag: 6.15: Symphonie 11; Schallplatten 17.30; Rundfunk 18.25; Deutsche Sendung: Prof. Rinaldi: Blüten und Anemonen. — Brünn: 18.25: Deutsche Sendung: Französisch 19.40: Lieber 21: „Die Waise“; „Hans und Gretchen“; „Mährische Chronik“; 12.30: Orchesterkonzert 18.30: Deutsche Sendung: Dr. Schmeidler: Zum 120. Todestag Wieland's — Detmold: 21.20: Henri Marceau spielt. — Königsberg: 21.10: Männerchor. — Langenberg: 22.30: Radtheater. — Leipzig: 19.30: Lucie Bal-laden — München: 20.15: Symphoniekonzert. — Wien: 22.10: Faustmusik.

Dienstag:

Prag: 6.15: Symphonie 10.10: Deutscher Schallplatten 18.25: Deutsche Sendung: Prof. Rinaldi: Aus Wagners Werken. 19.30: „Der Soldat“; Oper von Dostojewski. — Brünn: Lieberkonzert. 18.25: Deutsche Sendung: Aus dem Reiche der deutschmährischen Tage. — Berlin: 18: Preibowen — Nojari — Mühlacker: 19.30: Ballett-Konzert. — Hamburg: 19.30: Volksmusik. — Königsberg: 19: Lieberkonzert. — Leipzig: 22.15: Orchesterkonzert. — Wien: 20: Bei den Wiener Schrammeln. 21: Symphoniekonzert.

Grippe, Erkältungs-Krankheiten!

1903

Gegen Grippe und Erkältungskrankheiten sind Logal-Tabletten ein hervorragendes Mittel. Logal scheidet die Darmflora aus, ist in hohem Maße bakterientödtend und geht daher direkt zur Wurzel des Uebels. Im Anfangsstadium

genommen, verhindert Logal den Ausbruch der Grippe. Erstaunliche Erfolge! Mehr als 6000 ärztliche Gutachten! Ein Versuch überzeugt. In allen Apotheken, Generaldepot: Braumers Apotheke „Zum weißen Löwen“, Prag II, Prifkops 12.

Tagesneuigkeiten

Ein Gendarm erschießt Frau und Kind und begeht Selbstmord.

Uzhorod, 4. März. Am 1. März erschoss der Gendarmereiamtschef Bratislav Rejs in Alna Slatina seine Frau Anna, sein fünf-jähriges Töchterchen Vera und verübte hierauf Selbstmord durch einen Schuß in den Kopf. Rejs dürfte diese Tat wahrscheinlich in einem plötzlichen Anfall von Sinnesverwirrung verübt haben. Bereits im Vorjahr, als er den Kurs für die Ausbildung von Stationskommandanten in Uzhorod besuchte, zeigte Rejs Anzeichen von Geisteskrankheit, wurde dann zur Beobachtung an die psychiatrische Abteilung des Uzhoroder Krankenhauses geschickt, von wo er in die häusliche Pflege entlassen wurde.

Bergarbeiter-Tod.

Rohleben (Anstrot), 4. März. Im Grubenbetrieb der Gewerkschaft Rohleben (Sachsen) wurden gestern zwei Bergleute aus Rohleben sowie der aufsichtführende Steiger von hereinbrechendem Salzgestein verschüttet. Die Bergarbeiter konnten nur als Leichen geborgen werden. Der Steiger wurde schwer verletzt.

Historische Erinnerungen

Am 21. Mai 1878 lebte der Reichstag Bismarcks erstes Sozialistengesetz ab. Die Sozialdemokraten begünstigten sich, durch Viesknacht folgende Erklärung abgeben zu lassen:

„Der Versuch, die Tat eines Bahnmisshägers, noch ehe die gerichtliche Untersuchung geschlossen ist, zur Ausführung eines lange vorbereiteten Reaktionsreiches zu benutzen und die „moralische Arbeiterschaft“ des Nordens auf den deutschen Kaiser einer Partei aufzuwälzen, welche den Mord in jeder Form verurteilt und die wirtschaftliche und politische Entwicklung als von dem Willen einzelner Personen ganz unabhängig auffaßt, richtet sich selbst in vollem Maße in den Augen jedes vorurteilslosen Menschen, daß wir, die Vertreter der sozialdemokratischen Wähler Deutschlands, uns zu der Erklärung gedrungen fühlen:

Wir erachten es mit unserer Würde nicht vereinbar, an der Debatte des dem Reichstage heute vorliegenden Ausnahmegesetzes teilzunehmen, und werden uns durch keinerlei Provokationen, von welcher Seite sie kommen mögen, in diesem Entschluß erschüttern lassen. Wohl aber werden wir uns an der Abstimmung beteiligen, weil wir es für unsere Pflicht halten, zur Verhütung eines beispiellosen Attentats auf die Volkssouveränität das Unrige beizutragen, indem wir unsere Stimmen in die Waagschale werfen.

Falle die Entscheidung des Reichstages aus, wie sie wolle, die deutsche Sozialdemokratie, an Kampf und Verfolgung gewöhnt, blüht weiteren Kampfen mit feiner unverfälschten Ruhe entgegen, die das Bewußtsein einer guten und unbefiegbaren Sache verleiht.“

Logik der Holentkrenzpreise.

Da das „erwachende Deutschland“ vom Antisemitismus ausgegangen ist, darf natürlich auch in den Zeiten der größten weißen Terrors gegen den Marxismus nicht an die sozialdemokratische Pflicht vergessen werden, den Juden auch ihren Anteil am „Bankrott des 7. November“ zuzuschreiben. Nach gutem alten Muster, das aus den Zeiten des Kriegsjahnsinnstums stammt, wird auf ein und derselben Seite zugleich das Gegenteil behauptet, um die gerade gewollte These zu bekräftigen. Da meint die Holentkrenzpreise, daß die Juden am Steigen der Lebensmittelpreise schuld seien, weil die großen Warenhäuser die sehr mit erhöhten Rollen belasteten Produkte gehamstert hätten. Der allzu große Einkauf ist also nach dieser Version der Grund, warum die einzige von der jetzigen Reichsregierung ergriffene Wirtschaftsmassnahme gegen das Volk wirkt und die Lebenshaltung verteuert. Nach dieser Behauptung diskreditieren die Juden darum durch die Folgen ihres Einkaufs die Reichsregierung, sind also Volksschädlinge und müssen bestraft werden. Einige Spalten weiter kann man aber eine nicht minder tiefe Erwägung darüber lesen, wieso in den letzten Tagen der Handel vollkommen darnieder liegt, wieso der Geldmarkt zugrunde gerichtet wurde und das ganze Wirtschaftsleben starr: weil nämlich die großen jüdischen Warenhäuser und ihre Konzernprogrammatisch den Einkauf unterlassen, bewußt und absichtlich keine Geschäfte machen, dadurch dem Markt keine Geldmittel zuführen, die sie nach der Holentkrenzpreislehre gehamstert hatten, und so durch Unterlassen des Ein-

kaufs die Reichsregierung moralisch schädigen, diskreditieren und daher bekämpft werden müssen. Arme Leser dieser Kriegsberichte; wie dumm müssen Euch die Herren teutschen Führer halten. Was einerseits die Juden zum Schaden des Holentkrenz tun, würde diesem andererseits zum Vorteil gereichen; ja, da ist es natürlich schwer, einen sicheren Wirtschaftsplau aufzustellen. Was immer man für das erwachende Deutschland tut, wird sich sogleich ins Gegenteil wenden, weil eben diesem Wahnsinn des heutigen Reichs auf die Dauer nicht zu helfen ist.

Nächste Woche keine Ministerbesuche. Die Mitglieder der Regierung werden wegen ihrer Teilnahme an den Beratungen über dringende Regierungsarbeiten vom 6. bis 11. März 1933 keine Besuche empfangen.

Spenden für Rinderschutz und Jugendfürsorge. Der Präsident der Republik hat, wie uns mitgeteilt wird, zu Zwecken des Rinderschutzes und der Jugendfürsorge, und zwar insbesondere für die Mutterberatungsstellen, einen Betrag von 200.000 K gespendet, von welcher Summe auf die deutschen Einrichtungen 80.000 K entfallen. Dieser Anteil der Spende des Präsidenten ist auf die deutschen Landeszentralen in Böhmen, Mähren, Schlesien und der Slowakei nach dem Bevölkerungsschlüssel aufgeteilt worden und wird zweifellos zur Behebung der Arbeit in den Mutterberatungsstellen dienen. Dem Reichsverband ist auch eine Spende von 30.000 K der Kreditanstalt der Deutschen für die Kinder von Arbeitslosen zugekommen. Auch diese Spende wird nach dem Bevölkerungsschlüssel auf die vier Länder aufgeteilt werden.

Die Stillschließung der Vorberei. Der Berliner Polizeipräsident hat sich veranlaßt gesehen, 13 Lokale, deren Betriebe seit langem in Verhandlungen in ständiger Beziehung angesetzt haben, zu schließen. Für zwei andere Lokale ist die Polizeistunde vorgelegt worden.

Schmuggler und Grenzwaache. Aus Uzhorod wird gemeldet: Am 2. März wurden von der rumänischen Grenzwaache sechs Schmuggler angehalten, die die Grenze bei Zelo Statins überfahren. Als sie auf die Aufklärung der Waache nicht stehen blieben, machte die Waache von der Schusswaaffe Gebrauch, wobei einer der Schmuggler schwer verletzt wurde. Die übrigen ergriffen die Flucht und liehen eine größere Menge Spiritus zurück. Die Polizei hat die Nachforschungen nach den Schmugglern aufgenommen.

Die Juristen im Eisenbahndienst. In der Tagespresse erheben in der letzten Zeit Nachrichten, daß die in den Diensten der Staatsbahnen tätigen Juristen in größerer Zahl zu anderen Dienststellen der Staatsverwaltung versetzt werden. Von amtlicher Seite werden mit dahin informiert, daß diese Nachricht, die unter den betroffenen Beamten Beunruhigung hervorruft, der Grundlage entbehrt, denn über eine Massenversetzung von Eisenbahnruristen zu anderen Dienststellen kann nicht gesprochen werden.

Verunglückter Eisenbahner. Aus Gorkau wird uns berichtet: Auf dem hiesigen Bahnhofe verunglückte der 39jährige Konduktent Johann Reika aus Bruch dadurch, daß er vom Trittbrett eines Eisenbahnwagens infolge Ausgleitens abstürzte und sich beim Aufschlagen auf den Bahnkörper eine schwere Gehirnerschütterung zuzog, so daß sich die Ueberführung des Verunfallten ins Krankenhaus als notwendig erwies.

Auto-Angriff. Auf der Staatsstraße bei Landsberg am See verunglückte ein Kraftwagen der Reichswehr, der auf der verkehrsreichen Straße ins Zahren geratet war. Der Wagen überschlug sich und stürzte einen Abhang hinunter. Der Feuerwerker Babel wurde getötet, ein Unteroffizier schwer verletzt.

Falscher Arzt verhaftet. Aus Weipert wird uns berichtet: Der stellenslose Kaufmann Edmund Fiegler aus Plauen hatte sich eine Zeit lang in der Tschechoslowakei aufgehalten und hier in der Rolle eines falschen Arztes zahlreiche Betrügereien begangen. Der Festnahme vermochte er sich eine lange Zeit hindurch zu entziehen, daß er seinen Aufenthaltsort immer dann wechselte, wenn ihm eine Betrügerei gelungen war. Schließlich gelang es der Polizei in Komolau, Fiegler festzunehmen und dem Gerichte einzuliefern. Dort wurde er zu einer längeren Freiheitsstrafe verurteilt, nach deren Verbüßung er als lästiger Ausländer aus der Tschechoslowakei ausgewiesen wurde. Die tschechoslowakische Behörde drückte ihn im Schuhwege an die tschechische Grenze, wo seiner neuen Verhängnis infolge harrte, als er sich auch in Sachsen vertriebenener Betrügereien schuldig gemacht hatte. Die Gendarmrie in Bärenstein nahm ihn deshalb fest und lieferte ihn dem Amtsgericht in Annaberg zur Aburteilung ein.

Der Baum als Zeuge. Vor einem Berliner Kammergericht erschien am Freitagmorgen ein 8 Meter hoher und 60 Zentner schwerer Zeuge: eine Pflanze, die gemeinsam mit John anderen ihrer Art, ein Willenbesitzer von einem Baumstumpfen gekauft hatte, um sein Grundstück gegen



Deutsche Hilspolizei!

24. Hilspolizisten erhalten von einem Polizeibeamten Unterweisungen im Waffengebrauch.

den Straßenlärm abzumildern. Der Willenbesitzer war mit dem Kauf nicht zufrieden gewesen, weil er ihn vor dem Lärm, dem er zu weichen nicht gewöhnt habe. Es kam in dieser Holzerei zum Streit und zu vielen Tritten; selbst das Reichsgericht beschäftigte sich mit dem Baum — endlich hat man sich jetzt nach fünf Jahren geeinigt: die Pflanze sollen bezahlt werden, wachsen, blühen und gedeihen.

Bürgermeister Ormal erstrahlte eine unruhige Nacht, im Schlafe derer er von einem Zweifelskampf befallen wurde.

Das verlorene Skelet

Wer hat die Leiche aus der Anatomie gestohlen?

New York, Ende Februar. (Eig. Ber.)

In Amerika erregt augenblicklich ein geheimnisvolles Verbrechen großes Aufsehen. Nord und Ostlichside bildeten das Hauptthema der sensationellen und phantastischen Affäre. Tag in der Hinrichtungsgeschichte auch ein lebender Leichnam und ein Mörder, der gar kein Mörder ist, beunruhigten die vollkommensten Kriminalroman aus der amerikanischen Wirklichkeit.

Der einsame Farmer

In einem kleinen Ort im Staate Virginia lebte ein reicher Farmer namens Hastings völlig abgeschlossen in seiner Villa. In den wenigen Stunden die das Haus des Sonderlings betreten durften, gehörte der Reife des Farmers: Jim Collier, Gärtner von Beruf, ein nicht gerade sehr aufgeweckter, aber wohl bezugsreicher Burche. Der Nie hatte ihn im Herz gefaßt; sein Wunder, daß er ihn als Nebenbuhler seines Mielenvermögens erlegte.

Aber Mister Hastings hatte noch einen anderen Reffen, einen gewissen Edgar Field, der ganz anders gar nicht davon einflößt war, bei der Willenserblichkeit leer auszugehen. Er hatte im geheimen keine Augen auf die Erbchaft gerichtet und beschloß, durch einen einseitigen Bewilligung des Universalerben um seine Millionen zu streben.

Morderte Räuber

Vor einiger Zeit hatz der alte Erbschafts-Verheberger seine Vermögen an den Universalerben Collier was bereits in die Wege geleitet, aber das entscheidende Dokument vom Notar noch nicht anbehalten worden. Wenige Tage vor der Testamentsabgabe erregte sich nun in der Wohnung des Jim Collier ein Geräuschen, das wegen seiner Unangenehmheit ungeheure Empörung hervorrief. Die Nacht und Nebel drangen mächtige Räuber ins Haus ein und entführten den Universalerben.

Am andern Morgen wurde in einer verheerenden Hütte ein völlig verlohnes menschliches Skelet gefunden. In der Nähe lagen Papieren die auf den Namen Jim Collier lauteten. Man meinte nahm man an, daß die Räuber den armen Erben nach seiner Entführung in der Hütte verbrannt hätten. In allen Zeitungen Amerikas erschienen sensationelle Berichte über das atonale Verbrechen. Die Ermordung des jungen Gärtner wurde zum Tagesgespräch. Das Vermögen des verunglückten war, fiel nunmehr Edgar Field zu. Man sah sich nach dem Skelet um, das nicht gefunden werden konnte, um seine Ansprüche geltend zu machen.

Jim Collier gefangen?

Raum hatten sich die Gemüter beruhigt, als die Affäre eine sensationelle Wendung nahm. Die Anatomie des Staates Virginia erstattete Anzeige, daß in der Mordeacht aus dem Schandhaus eine Leiche gestohlen worden sei. Ein findiger Kriminalist glaubte die Lösung des Rätsels. Der Mann, der der Leiche die Leiche verbrannt aufgefunden wurde, war gar nicht Jim Collier. Die verlohnen Menschenteile stammen von der aus der Anatomie gestohlenen Leiche. Wo aber war nun der Universalerbe geblieben? Der lebende Leichnam, der offiziell vermisst für tot erklärt worden war, konnte nirgends gefunden werden. Auch Edgar Field, der wahrscheinlich als der Urheber des schandigen Verbrechens angesehen ist, blieb verschwunden.

Der Mörder, der gar kein Mörder ist, und der Tote, der offenbar immer noch lebt und irgendwo gefangen gehalten wird — sie beide werden jetzt von der Polizei fieberhaft gesucht. Die amerikanische Öffentlichkeit ist gespannt darauf, in welcher dramatischen Weise sich das Schlußkapitel des Schauerromans aus der Wirklichkeit abrollen wird.

